

**Fragen**

**für die Fragestunde der 107. Sitzung des Deutschen Bundestages  
am Mittwoch, dem 11. Mai 2011**

**Verzeichnis der Fragenden**

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Bas, Bärbel (SPD) .....	15	Dr. Lauterbach, Karl (SPD) .....	13, 14
Beck, Volker (Köln) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .....	40, 43	Marks, Caren (SPD) .....	1, 2
Behm, Cornelia (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .....	22, 23	Montag, Jerzy (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .....	56, 57
Crone, Petra (SPD) .....	5, 6	Müller, Kerstin (Köln) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .....	47
Dağdelen, Sevim (DIE LINKE.) .....	41, 42	Dr. Mützenich, Rolf (SPD) .....	45, 46
Fell, Hans-Josef (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .....	27, 28	Nestle, Ingrid (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .....	64, 65
Dr. Franke, Edgar (SPD) .....	11, 12	Paus, Lisa (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .	60, 61
Hacker, Hans-Joachim (SPD) .....	24, 25	Rix, Sönke (SPD) .....	7, 8
Hänsel, Heike (DIE LINKE.) .....	54, 55	Dr. Rossmann, Ernst Dieter (SPD) .....	36, 37
Hagemann, Klaus (SPD) .....	26, 38	Rupprecht, Marlene (Tuchenbach) (SPD) ....	9, 10
Höhn, Bärbel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .....	31, 66	Sarrazin, Manuel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .....	58, 59
Hunko, Andrej (DIE LINKE.) .....	48, 49	Schwartze, Stefan (SPD) .....	3, 4
Kaczmarek, Oliver (SPD) .....	34, 35	Ströbele, Hans-Christian (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .....	39, 53
Kekeritz, Uwe (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .....	18, 19	Dr. Tackmann, Kirsten (DIE LINKE.) ....	69, 70
Keul, Katja (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	62, 63	Volkmer, Dr. Marlies (SPD) .....	20, 21
Kotting-Uhl, Sylvia (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .....	29, 30	Wieland, Wolfgang (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .....	44, 52
Kramme, Anette (SPD) .....	16, 17	Winkler, Josef Philip (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .....	50, 51
Krischer, Oliver (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .....	32, 33	Zimmermann, Sabine (DIE LINKE.) .....	67, 68

**Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung**

	<i>Seite</i>
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend .....	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit .....	5
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung .....	7
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit .....	8
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung .....	10
Geschäftsbereich der Bundeskanzlerin und des Bundeskanzleramtes .....	12
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes .....	12
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern .....	14
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz .....	16
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen .....	16
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie .....	17
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales ..	18
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz .....	19

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie,  
Senioren, Frauen und Jugend**

1. Abgeordnete  
**Caren Marks**  
(SPD)      Wie viele Personen, die zuvor nicht erwerbstätig gewesen sind, erhalten über zwölf Monate das Mindestelterngeld (bitte um Aufschlüsselung nach Hausfrauen und -männern, Studentinnen und Studenten), und wie viele Personen erhalten Elterngeld neben einer Teilzeitberufstätigkeit (bitte aufschlüsseln für das Jahr 2010 und das erste Quartal 2011)?
  
2. Abgeordnete  
**Caren Marks**  
(SPD)      Führt die Anrechnung des Elterngeldes auf Leistungen nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch und/oder dem Zwölften Buch Sozialgesetzbuch nicht zu einer Ungleichbehandlung mit denjenigen Gruppen von Elternteilen, die vor der Geburt ebenfalls kein Einkommen erzielt haben aber das Elterngeld auch nach dem 1. Januar 2011 weiterhin beziehen, und wenn nein, bitte detailliert begründen?
  
3. Abgeordneter  
**Stefan Schwartz**  
(SPD)      Ist die Anrechnung des Elterngeldes bei Leistungsbezieherinnen und -beziehern nach dem Sozialgesetzbuch rechtlich unter Gleichbehandlungsgesichtspunkten geprüft worden, und wenn ja, welche rechtliche Bewertung liegt dem Ergebnis zugrunde?
  
4. Abgeordneter  
**Stefan Schwartz**  
(SPD)      Sieht die Bundesregierung in der Anrechnung des Elterngeldes auf Leistungsbezieherinnen und -bezieher nach dem Sozialgesetzbuch eine Benachteiligung von Kindern gegenüber Kindern von ökonomisch abgesicherten Hausfrauen, und wenn nein, warum nicht?
  
5. Abgeordnete  
**Petra Crone**  
(SPD)      Zu welchem Ergebnis (bitte detailliert darlegen) ist die Prüfung der Bundesregierung bezüglich der Nichtberücksichtigung nachgezahlter Elterngeldbeträge wegen des Widerrufs der Verlängerungsoption als Einkommen in der Grundsicherung gelangt (Plenarprotokoll 17/77, S. 8486 C)?

6. Abgeordnete  
**Petra Crone**  
(SPD)
- Wie viele Widersprüche wurden von Elterngeldbezieherinnen und Elterngeldbeziehern, die Leistungen nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch beziehen, eingereicht, die von der Verlängerungsoption des Elterngeldes auf 24 Monate Gebrauch gemacht haben, haben alle diese Antragstellerinnen und Antragsteller inzwischen Bescheid erhalten, und wenn nein, bitte begründen?
7. Abgeordneter  
**Sönke Rix**  
(SPD)
- Trägt das Elterngeld nach Einschätzung der Bundesregierung zu einer besseren Gleichstellung von Frauen und Männern bei, und wenn ja, müsste es dann nicht gerade auch im Hinblick auf die Partnermonate weiterentwickelt werden?
8. Abgeordneter  
**Sönke Rix**  
(SPD)
- Wie lässt sich die Ankündigung der Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Dr. Kristina Schröder, dass die Väterpolitik zukünftig einen höheren Stellenwert haben soll (Pressemitteilung vom 9. Juli 2010: Väter in Balance), mit der Ankündigung, dass eine Weiterentwicklung des Elterngeldes aufgrund des Finanzierungsvorbehalts nicht erfolgen soll, in Einklang bringen?
9. Abgeordnete  
**Marlene Rupprecht**  
(Tuchenbach)  
(SPD)
- Wie begründet die Bundesregierung die Tatsache, dass sie mit der Anrechnung von Partneereinkommen ab einer bestimmten Höhe des Einkommens den Grundansatz des Elterngeldes als Lohnersatzleistung verlässt, und wie verträgt sich dies mit der Gesetzesbegründung zum Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz, dass alle Eltern in den ersten zwölf bzw. 14 Lebensmonaten des Kindes einen sogenannten Schonraum ohne große Einkommenseinbußen haben sollen?
10. Abgeordnete  
**Marlene Rupprecht**  
(Tuchenbach)  
(SPD)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung, dass dieser sogenannte Schonraum gerade auch für junge Familien, die einkommensschwächer sind, sehr viel bedeutender ist als für einkommensstarke Familien, und wenn nein, bitte begründen?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit**

11. Abgeordneter  
**Dr. Edgar Franke**  
(SPD)      Wie steht die Bundesregierung zu den in der Presse geäußerten Befürchtungen von Arbeitgebern, Gewerkschaften und Krankenkassen, „Gesundheitsminister Rösler könne sein Versprechen nicht halten, den Sozialausgleich unbürokratisch zu gestalten“?
12. Abgeordneter  
**Dr. Edgar Franke**  
(SPD)      Welche Bürokratiekosten für den Sozialausgleich sind der Bundesregierung bekannt, und bei welchen zusätzlichen Verwaltungsaufgaben sind die Kosten derzeit nicht bekannt und warum?
13. Abgeordneter  
**Dr. Karl Lauterbach**  
(SPD)      Wie bewertet die Bundesregierung die Befürchtungen von Arbeitgebern, Gewerkschaften und Krankenkassen, „zweistellige Millionenbeträge in ein Verfahren zu investieren, das vielleicht nie gebraucht werde“, wie hoch schätzt die Bundesregierung die Kosten für die Einführung dieses Verfahrens, und hält sie diese trotzdem für vertretbar?
14. Abgeordneter  
**Dr. Karl Lauterbach**  
(SPD)      Wie bewertet die Bundesregierung die Forderung des BDA nach Vereinfachungen an dem als zu bürokratisch kritisierten Sozialausgleich, plant die Bundesregierung, Änderungen an diesem als bürokratisch kritisierten Verfahren des Sozialausgleichs vorzunehmen, und wenn ja, welche und in welchem Gesetz sollen diese umgesetzt werden, damit sie noch rechtzeitig vor dem Start des Sozialausgleichs wirksam werden können?
15. Abgeordnete  
**Bärbel Bas**  
(SPD)      Wie bewertet die Bundesregierung die Aussage des Parlamentarischen Staatssekretärs beim Bundesminister für Gesundheit, Daniel Bahr, der in einem Interview für die Januarausgabe 2011 des Magazins „LOHN + GEHALT“ ausgeführt hat, dass in den Expertenanhörungen die einfache Umsetzung des Sozialausgleichs in der gesetzlichen Krankenversicherung bestätigt worden sei, und wie steht die Bundesregierung zu den Äußerungen des Bundesverbandes der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA), der in der Märzangabe desselben Magazins ausgeführt hat: „Dies ist nicht zutreffend. Sowohl der BDA als auch die Deutsche Rentenversicherung hatten sich sehr kritisch zum vorgesehenen Sozialausgleichsverfahren geäußert.“?

16. Abgeordnete  
**Anette  
Kramme**  
(SPD)
- Worin besteht nach Auffassung der Bundesregierung der Unterschied bei der Schließung einer Innungskrankenkasse (IKK), einer Betriebskrankenkasse (BKK), einer Ortskrankenkasse oder einer Ersatzkasse bezüglich der Beendigung oder Weiterführung von Arbeitsverhältnissen für unterschiedliche Mitarbeitergruppen, zum Beispiel sogenannte Dienstordnungsangestellte, kündbare und nicht-kündbare Mitarbeiter, und werden nach § 164 des Fünften Buches Sozialgesetzbuch (SGB V) tatsächlich die herkömmlichen Regelungen der Beendigung von Arbeitsverhältnissen außer Kraft gesetzt, wie von der Vizepräsidentin des Bundesversicherungsamtes Sylvia Bohlen-Schöning in „Die Krankenversicherung“ Nr. 03.11, S. 85 ff. dargelegt?
17. Abgeordnete  
**Anette  
Kramme**  
(SPD)
- Warum muss gemäß § 155 Absatz 4 Satz 9 SGB V bei einer IKK-Schließung jedem Mitarbeiter ein Angebot gemacht werden, bei einer BKK- oder Ersatzkassenschließung jedoch nicht, obwohl es eine Gleichstellung im Insolvenzfall gibt, und möchte die Bundesregierung diese Unterscheidung künftig beibehalten?
18. Abgeordneter  
**Uwe  
Kekeritz**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Welche über den „taz.de“-Artikel ([www.taz.de/1/zukunft/umwelt/artikel/1/radioaktive-strahlung-immer-gefaehrlich/](http://www.taz.de/1/zukunft/umwelt/artikel/1/radioaktive-strahlung-immer-gefaehrlich/)) hinausgehenden Informationen liegen der Bundesregierung über das am 4. Mai 2011 durchgeführte Gespräch zwischen der Generaldirektorin der Weltgesundheitsorganisation (WHO), Dr. Margaret Chan, und der Initiative für eine unabhängige WHO vor, und welche Schlüsse zieht die Bundesregierung aus den ihr bekannten Gesprächsinhalten – insbesondere der Revidierung der Todesfallzahlen infolge der Tschernobylkatastrophe durch die Generaldirektorin – für ihre Arbeit im Exekutivrat der WHO bzw. bei der anstehenden Weltgesundheitsversammlung?
19. Abgeordneter  
**Uwe  
Kekeritz**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- In welcher Form beabsichtigt die Bundesregierung darauf hinzuwirken, dass die WHO künftig wieder über eigene Kompetenzen verfügt, die Auswirkungen ionisierender Strahlung auf die menschliche Gesundheit zu untersuchen, vor dem Hintergrund, dass die Generaldirektorin im oben genannten Artikel einräumt, dass die WHO hier über fast keine eigenen Kompetenzen mehr verfügt und sich mithin unhinterfragt auf die ihr zugelieferten Informationen von der Internationalen Atomenergieorganisation verlassen muss, und wird die Bundesregierung sich dafür einsetzen, dass die WHO wenigstens die ihr

durch die CTBTO (Organisation des Vertrags über ein umfassendes Verbot von Nuklearversuchen) bekannten Messwerte aus Japan auch veröffentlicht und nicht weiter unter Verschluss hält, um so unabhängigen Wissenschaftlern weltweit eine Bewertung zu ermöglichen?

20. Abgeordnete  
**Dr. Marlies Volkmer**  
(SPD)      Wie bewertet die Bundesregierung die anhaltende Kritik an den Regelungen des Sozialausgleichs durch den Nationalen Normenkontrollrat, die sich besonders auf die „erheblichen bürokratischen Belastungen der Arbeitgeber, der Rentenversicherungsträger und der Krankenkassen“ beziehen?
21. Abgeordnete  
**Dr. Marlies Volkmer**  
(SPD)      Wie wird die Kritik des Nationalen Normenkontrollrates durch die Bundesregierung gewürdigt, und mit welchen Maßnahmen reagiert die Bundesregierung auf die Kritik?

### **Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung**

22. Abgeordnete  
**Cornelia Behm**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)      Welchen Stand haben die Planungen zur Nordverlängerung der BAB 14 in Brandenburg erreicht, und wie gestaltet sich die Finanzierung?
23. Abgeordnete  
**Cornelia Behm**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)      Inwieweit werden bei Straßen- und Schienenbauvorhaben des Bundes die in den jeweiligen Regionen liegenden, von der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben oder der BVVG Bodenverwertungs- und -verwaltungs GmbH verwalteten Flächen aktiv für Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen bzw. für den zur Realisierung der Projekte notwendigen Flächentausch mit einbezogen?
24. Abgeordneter  
**Hans-Joachim Hacker**  
(SPD)      Wie ist der Stand bei der Überarbeitung der Fragenkataloge zur Prüfung zum Erwerb des Beschränkt Gültigen Funkbetriebszeugnisses (SRC) und des Allgemeinen Funkbetriebszeugnisses (LRC), die sich aus dem Antrag „Attraktivität des Wassertou-

rismus und des Wassersports stärken“ (Bundestagsdrucksache 16/5416) ergibt, und für wann ist der Einführungstermin geplant?

25. Abgeordneter  
**Hans-Joachim  
Hacker**  
(SPD)

In welcher Weise sichert die Bundesregierung bei der Überarbeitung des Fragenkataloges zum Erwerb des UKW-Sprechfunkzeugnisses für den Binnenschiffahrtfunk (UBI) die Einbeziehung der betroffenen Sportverbände zu, und zu welchem Termin ist die Einführung des neuen Zeugnisses geplant?

26. Abgeordneter  
**Klaus  
Hagemann**  
(SPD)

Welche Konsequenzen ergeben sich im Einzelnen aus der im 2. Bericht des BMVBS zur Reform der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung (Ausschussdrucksache 17(8)2983) angekündigten Zusammenfassung des Außenbezirkes Worms mit dessen Außenstelle Oppenheim, die beide bereits von einem gemeinsamen Dienststellenleiter geführt werden (etwa im Hinblick auf die Zahl der Dienstposten an den Standorten, die Qualifikationsanforderungen an die Dienstposten, die Fortführung der beiden Standorte, die Vorhaltung der drei Arbeitsboote sowie des Baggerschiffes, den Zeitraum der Umsetzung der Reform), und inwieweit ist im Zuge der Reform eine Neubewertung der Dienstposten wie z. B. eine Höherstufung aufgrund von Mehrarbeit vorgesehen?

#### **Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit**

27. Abgeordneter  
**Hans-Josef  
Fell**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

Hält die Bundesregierung die nach dem Atomgesetz geltende Deckungsvorsorge für einen nuklearen Katastrophenfall auch nach den Erfahrungen von Fukushima für ausreichend, die darauf hinweisen, dass die Schäden sowohl die vorliegende Deckungsvorsorge als auch die ökonomische Tragfähigkeit eines Betreibers eines Atomkraftwerkes deutlich überschreiten können, und falls nein, in welcher Höhe hält die Bundesregierung eine Deckungsvorsorge für erforderlich, um sicherzustellen, dass ein anspruchsvoller Opferschutz im Falle eines nuklearen Katastrophenfalls in Deutschland gewährleistet ist, ohne dass der Staat selbst mit eigenen Mitteln oder in Form einer Verstaatlichung des Betreibers einspringen muss, damit dieses Ziel erreicht wird?

28. Abgeordneter  
**Hans-Josef  
Fell**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Was konkret versteht die Bundesregierung unter einem „anspruchsvollen Opferschutz“ (siehe Antwort der Bundesregierung vom 4. Mai 2011 auf meine Schriftliche Frage mit der Arbeitsnummer 4/348 vom 28. April 2011) im Zusammenhang mit den Folgen eines nuklearen Katastrophenfalls, und sind der Bundesregierung Pläne der EU-Kommission infolge der Ereignisse in Fukushima bekannt, die Haftungsregelungen für die Betreiber von Atomkraftwerken EU-weit zu verschärfen?
29. Abgeordnete  
**Sylvia  
Kotting-Uhl**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Welche im Zuge des aktuellen sogenannten Stress-tests der deutschen Atomkraftwerke entstehenden Unterlagen außer dem für Mitte Juni 2011 avisierten Abschlussbericht der Reaktor-Sicherheitskommission (RSK) sollen veröffentlicht werden (insbesondere sind damit die Betreiberantworten auf den Fragenkatalog der Prüfteams unter der Federführung der Gesellschaft für Anlagen- und Reaktorsicherheit (GRS), die Abschlussberichte dieser Prüfteams und Informationen/Stellungnahmen der Landesatomaufsichtsbehörden in jeweils eigenständiger Form, also nicht nur etwaigen Kurzauszügen im RSK-Bericht, gemeint), wird der Abschlussbericht der RSK nicht nur zur Anlagenrobustheit und RisikoEinstufung, sondern auch zur ggf. notwendigen Neudefinition/Verschärfung der Auslegungsanforderungen Stellung nehmen, und falls nein, bitte um Erläuterung, bis wann dies geschehen soll?
30. Abgeordnete  
**Sylvia  
Kotting-Uhl**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Kann die Bundesregierung bestätigen, dass in insgesamt sechs der 17 deutschen Atomkraftwerke (nämlich den Siedewasserreaktoren) die Brennelementelagerbecken außerhalb des Sicherheitsbehälters liegen, und welche diese sechs Siedewasserreaktoren betreffenden Untersuchungen existieren seitens der Bundesregierung und nach Kenntnis der Bundesregierung seitens der Landesaufsichtsbehörden zum Risiko des Versagens der Brennelementekühlung im Lagerbecken bei einem entsprechend ungünstigen Flugzeugabsturz (bitte um Angabe des Datums und wesentlichen Ergebnisses)?
31. Abgeordnete  
**Bärbel  
Höhn**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Wann endet das von der Bundesregierung verhängte Atommoratorium genau, und können die im Zuge des Moratoriums vorübergehend abgeschalteten Reaktoren von den Betreibern nach Auslaufen des Moratoriums ohne weiteres wieder hochgefahren werden, oder bedarf es dazu einer Antragstellung bzw. Genehmigung?

32. Abgeordneter  
**Oliver  
Krischer**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Welche Flächen müssen nach Erkenntnissen der Bundesregierung angesichts der Aussage der Strahlenschutzkommission auf Seite 19 ihrer Stellungnahme zum Rückbau des AVR Jülich vom Dezember 2008 (u. a. „Nach den gegenwärtig vorliegenden Berechnungen zur maximalen Strahlenexposition durch Direktstrahlung im Bereich des Außenzaunes nord- und südöstlich des AVR ist der Beitrag der Direktstrahlung zur gesamten Strahlenexposition so hoch, dass der Grenzwert für die effektive Dosis nach § 46 StrlSchV (vgl. Abschnitt 5.3.4) fast ausgeschöpft ist.“) auf dem Gelände und in der Umgebung des Geländes des Forschungszentrums Jülich (z. B. angrenzende Waldgebiete, Ortschaft Daubenth) während der in Kürze anstehenden Phase des Heraushebens und des Transports des Reaktorbehälters des AVR Jülich zum Schutz vor Strahlung gesperrt und evakuiert werden, oder durch welche anderen Maßnahmen soll der Schutz der Bevölkerung und der Mitarbeiter des Forschungszentrums vor einer zu hohen Strahlenexposition gewährleistet werden?

### **Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung**

33. Abgeordneter  
**Oliver  
Krischer**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Wieso hat die Bundesregierung meine Schriftlichen Fragen 172 und 173 auf Bundestagsdrucksache 17/5016 zum Verbleib von Brennelementekugeln aus dem AVR Jülich unzutreffend und unvollständig beantwortet und dabei einen Verbleib von Brennelementekugeln in der Asse ausdrücklich nicht ausgeschlossen, obwohl spätestens am 10. März 2011 angeblich die Fakten hierzu zwischen der Bundesregierung, der Landesregierung Nordrhein-Westfalen und dem Forschungszentrum Jülich abgestimmt worden sind, mithin der Bundesregierung am 7. März 2011 (Datum der Beantwortung der o. g. Schriftlichen Fragen) als 90-prozentige Mehrheitsgesellschafterin des Forschungszentrums Jülich dies bekannt gewesen sein müsste?
34. Abgeordneter  
**Oliver  
Kaczmarek**  
(SPD)
- Durch welche Maßnahmen des Bundesministeriums für Bildung und Forschung werden im beginnenden deutsch-russischen Wissenschaftsjahr die deutsch-russischen Diskussionen zum Thema der erneuerbaren Energien explizit gefördert?

35. Abgeordneter  
**Oliver Kaczmarek**  
(SPD)
- Welche inhaltliche Schwerpunktsetzung ist für die laut Presseberichten (zum Beispiel AFP-Meldung „Bild: Die Bundesregierung will Elektro-Autos massiv fördern“ vom 5. Mai 2011) geplante stärkere Förderung von Elektroautos durch die Bundesregierung vorgesehen, und wie sollen die zusätzlich angekündigten 500 Mio. Euro Forschungsmittel gegenfinanziert werden?
36. Abgeordneter  
**Dr. Ernst Dieter Rossmann**  
(SPD)
- Auf welcher konzeptionellen und rechtlichen Grundlage beruhen mit welchen finanziellen Folgen die Aussagen der Bundesministerin für Bildung und Forschung, Dr. Annette Schavan (DIE ZEIT vom 5. Mai 2011), denen zufolge die Berliner Charité als Kandidatin für eine „Bundesuniversität“ in Frage käme?
37. Abgeordneter  
**Dr. Ernst Dieter Rossmann**  
(SPD)
- Durch welches Förderkonzept plant die Bundesregierung, die bisher verfolgte Akademie für die Lehre zu ersetzen, nachdem die Bundesministerin diesen Ansatz in Pressemeldungen „für tot“ (DIE ZEIT vom 5. Mai 2011) erklärt hat, und wie viele Bundesmittel plant sie für die an gleicher Stelle dennoch in Aussicht gestellte Förderung etwa von hochschuldidaktischen Zentren für 2012 und 2013?
38. Abgeordneter  
**Klaus Hagemann**  
(SPD)
- Wie sieht der weitere Zeitplan der Bundesregierung, was gesetzliche bzw. untergesetzliche Regelungen anbelangt, im Hinblick auf das Auslaufen des Pilotprojektes „Wissenschaftsfreiheitsinitiative“ zum 31. Dezember 2011 und die Prüfaufträge im Bericht zu den Erfahrungen und Wirkungsweisen der Maßnahmen zur Wissenschaftsfreiheitsinitiative (Ausschussdrucksache 17(8)2990) unter anderem zu Globalhaushalten, verbesserten Unternehmensbeteiligungen und Ausgründungen, außertariflichen Vergütungselementen und Tarifhoheit für die Forschungsorganisationen, die bereits im Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und FDP enthalten sind, aus, und wann sollen die in der Ausschussdrucksache 17(8)2990 enthaltenen „Forschungsbilanzen“ – unter Angabe der bislang dazu vereinbarten Parameter – wirksam bzw. erstmals veröffentlicht werden?

**Geschäftsbereich der Bundeskanzlerin und  
des Bundeskanzleramtes**

39. Abgeordneter  
**Hans-Christian  
Ströbele**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung der Bundeskanzlerin („Ich freue mich darüber, dass es gelungen ist, Bin Laden zu töten.“), nachdem gerade aufgrund der Erklärung des Weißen Hauses vom 3. Mai 2011, der Getötete sei unbewaffnet gewesen, immer wahrscheinlicher wird, dass Ziel der Operation „Geronimo“ in der pakistanischen Stadt Abbottabad nicht die Festnahme Osama Bin Ladens, sondern dessen Tötung außerhalb eines Kriegsgebietes sowie außerhalb eines bewaffneten Konflikts war, die einer völkerrechtswidrigen sowie damit extralegalen Hinrichtung gleichkäme, und wie rechtfertigt die Bundesregierung diese Aussage der Bundeskanzlerin angesichts dessen, dass nach dem Grundgesetz nicht nur die Würde jedes Menschen unantastbar sowie von aller staatlicher Gewalt zu achten ist, sondern auch die Todesstrafe ausdrücklich abgeschafft ist und eine solche gezielte Tötung mit dem Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte nicht zu vereinbaren ist?

**Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes**

40. Abgeordneter  
**Volker  
Beck**  
(Köln)  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Wie bewertet die Bundesregierung die Aussage des Vatikansprechers Federico Lombardi, dass der Tod eines Menschen für Christen niemals ein Grund zur Freude sei – was auch für Osama Bin Laden gelte – im Vergleich zur Aussage der Bundeskanzlerin, sie freue sich darüber, dass es gelungen sei, Osama Bin Laden zu töten (vgl. Mitschrift der Pressekonferenz der Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel zur Tötung von Osama Bin Laden vom Montag dem 2. Mai 2011 – abrufbar unter [www.bundesregierung.de/Content/DE/Mitschrift/Pressekonferenzen/2011/05/2011-05-02-merkel-osama-bin-laden.html](http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Mitschrift/Pressekonferenzen/2011/05/2011-05-02-merkel-osama-bin-laden.html)), und welche Konsequenzen zieht sie daraus für die künftige Bewertung von Tötungen durch staatliche Organe der Bundesrepublik Deutschland bzw. ihrer Verbündeten?
41. Abgeordnete  
**Sevim  
Dağdelen**  
(DIE LINKE.)
- Inwieweit ist die Aussage der Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel „Ich freue mich, dass es gelungen ist, Bin Laden zu töten.“ Auffassung der gesamten Bundesregierung, und inwieweit vertritt die Bundesregierung die Ansicht, dass gezielte Tötungen (extra-

legale Hinrichtungen) durch das Völkerrecht und die Grundsätze eines Rechtsstaates gedeckt sind, so dass für die Bundesregierung damit gezielte Tötungen ein legitimes Mittel der Politik darstellen?

42. Abgeordnete  
**Sevim  
Dağdelen**  
(DIE LINKE.)
- Was ist der Bundesregierung bekannt über die ersten 1000 Soldaten, die im Rahmen der Mission EUTM Somalia in Bihanga ausgebildet und anschließend nach Mogadischu verbracht wurden (insbesondere Standort, Kommandounterstellung, Gefechtsbeteiligung und Verluste bzw. Desertionen)?
43. Abgeordneter  
**Volker  
Beck**  
(Köln)  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Wie bewertet die Bundesregierung die Situation im und um das Kloster Kirti in der chinesischen Provinz Sichuan, das sich seit Mitte März 2011 massiven Repressionen seitens der chinesischen Behörden ausgesetzt sieht, und wie reagierte sie diesbezüglich gegenüber der Regierung der Volksrepublik China?
44. Abgeordneter  
**Wolfgang  
Wieland**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Wie will die Bundesregierung in der migrations- und flüchtlingspolitischen Zusammenarbeit mit den nordafrikanischen Staaten in Zukunft sicherstellen, dass Flüchtlinge und Migranten dort eine rechtsstaatliche und ihre Menschenrechte schützende Behandlung erfahren?
45. Abgeordneter  
**Dr. Rolf  
Mützenich**  
(SPD)
- Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung zu den gegen den derzeitigen stellvertretenden Botschafter Sri Lankas erhobenen Vorwürfen, und welche Konsequenzen gedenkt die Bundesregierung aus diesen Erkenntnissen zu ziehen?
46. Abgeordneter  
**Dr. Rolf  
Mützenich**  
(SPD)
- Welche Maßnahmen plant die Bundesregierung zu ergreifen, um in der Zukunft zu verhindern, dass mit strafrechtlichen Vorwürfen belastete Personen als Diplomaten in Deutschland akkreditiert werden?
47. Abgeordnete  
**Kerstin  
Müller**  
(Köln)  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Was sind die Gründe dafür, dass die Bundesregierung die Akkreditierung des stellvertretenden Botschafters von Sri Lanka, Generalmajor Jagath Dias, angenommen hat und ihm diplomatische Immunität gewährt, obwohl dieser nach Recherchen des ARD-Magazins „FAKT“ vom 2. Mai 2011 als einer der

Hauptverantwortlichen für den blutigen Feldzug gegen die Liberation Tigers of Tamil Eelam (LTTE) im Frühjahr 2009 gilt, und was gedenkt die Bundesregierung jetzt zu unternehmen, damit der Fall strafrechtlich untersucht werden kann?

48. Abgeordneter  
**Andrej Hunko**  
(DIE LINKE.)

Welchen Inhalt soll das vom Bundespräsidenten Christian Wulff bei seinem Staatsbesuch in Mexiko erwähnte Abkommen haben, welches nach Aussage des Bundespräsidenten „bald“ unterzeichnet werde und dazu dienen soll, Mexiko „im Kampf gegen die ausufernde Drogenkriminalität“ zu unterstützen (Handelsblatt vom 3. Mai 2011), und wie beabsichtigt die Bundesregierung, sich in einem solchen Abkommen für die Wahrung der Menschenrechte einzusetzen, vor dem Hintergrund, dass es insbesondere im Zuge des 2006 begonnenen sogenannten Kriegs gegen die Drogen in Mexiko auch durch staatliche Sicherheitskräfte von Polizei und Militär zu massiven Menschenrechtsverletzungen gekommen ist und auch Waffenlieferungen deutscher Unternehmen in die betroffenen Krisenregionen gelangt sind?

### **Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern**

49. Abgeordneter  
**Andrej Hunko**  
(DIE LINKE.)

Wie beurteilt die Bundesregierung die im Artikel von Christian Breunig und Achim Goerres ([www.achimgoerres.de/work/Breunig\\_Goerres\\_Benford\\_Bundestag\\_elections.pdf](http://www.achimgoerres.de/work/Breunig_Goerres_Benford_Bundestag_elections.pdf)) als gesichert anzunehmenden Manipulationen bei Bundestagswahlen, und welche Maßnahmen wie beispielsweise stichprobenartige Kontrollen der Arbeit der Wahlhelferinnen und Wahlhelfer oder wissenschaftliche Studien zu Wahlhelferinnen und Wahlhelfern gedenkt die Bundesregierung zu ergreifen, um solche etwaigen Manipulationen aufzuarbeiten und zukünftig zu verhindern?

50. Abgeordneter  
**Josef Philip Winkler**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

Wie steht die Bundesregierung zu den Vorschlägen einiger EU-Mitgliedstaaten, in bestimmten Situationen die Kontrollen an den Binnengrenzen einseitig oder bilateral wieder einzuführen, und inwieweit hält die Bundesregierung diese Vorschläge mit dem Grundwert der europäischen Freizügigkeit für vereinbar?

51. Abgeordneter  
**Josef Philip Winkler**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- In welcher Weise wird die Bundesregierung beim kommenden Sondertreffen am 12. Mai 2011 der EU-Justiz- und -Innenminister die Bereitschaft Deutschlands signalisieren, weitere finanzielle Unterstützung für die am stärksten betroffenen EU-Staaten an den Außengrenzen zu leisten und in Anwendung der EU-Richtlinie zum vorübergehenden Schutz Bereitschaft zur Aufnahme von Flüchtlingen und Vertriebenen zuzusagen?
52. Abgeordneter  
**Wolfgang Wieland**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Wie bewertet die Bundesregierung insbesondere unter dem Aspekt des Datenschutzes die Pläne der Europäischen Kommission zur Einführung eines europäischen Ein- und Ausreisensystems und eines Registrierungsprogramms für reisende Drittstaatsangehörige?
53. Abgeordneter  
**Hans-Christian Ströbele**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung über Ermittlungsverfahren gegen Polizeibeamte, insbesondere gegen Beamte der Bundespolizei, die am 1. Mai 2011 in Berlin zur Unterstützung von Beamten der Länderpolizei eingesetzt waren, wegen Verdachts der Körperverletzung mittels Faustschlägen und des Einsatzes von Pfefferspray gegen in Zivil eingesetzte Polizisten, und welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung daraus hinsichtlich dieses Einsatzes, bei dem ca. 200 Personen teils erhebliche Verletzungen mittels Pfefferspray erlitten haben, unter Berücksichtigung der Aussage des Berliner Polizeipräsidenten, „wenn Pfefferspray eingesetzt wurde, dann nur dort, wo es Angriffe auf Polizeibeamte gegeben hat“, und für zukünftige Einsätze von Pfefferspray, um Verletzungen zu verhindern?
54. Abgeordnete  
**Heike Hänsel**  
(DIE LINKE.)
- Wie bewertet die Bundesregierung den Polizeieinsatz am 1. Mai 2011 in Heilbronn, bei dem unter Beteiligung der Bundespolizei hunderte Menschen, die an einer genehmigten Demonstration teilnehmen wollten, willkürlich am Bahnhof eingekesselt und bis zu zehn Stunden lang festgehalten wurden?
55. Abgeordnete  
**Heike Hänsel**  
(DIE LINKE.)
- Wird die Bundesregierung den Einsatz der Bundespolizei am 1. Mai 2011 in Heilbronn genauer untersuchen, nachdem viel Kritik an der stundenlangen Einkesselung friedlicher Demonstranten laut geworden ist, wobei vielen Demonstranten in diesem Zeitraum kein Zugang zu Toiletten geschweige denn eine Versorgung mit Wasser ermöglicht wurde?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz**

56. Abgeordneter  
**Jerzy Montag**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Wie reagiert die Bundesregierung auf das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 4. Mai 2011, durch das keine sechs Monate nach der Reform durch die Koalitionsfraktionen der CDU/CSU und FDP sämtliche Regelungen der Sicherungsverwahrung im Strafgesetzbuch für verfassungswidrig erklärt wurden?
57. Abgeordneter  
**Jerzy Montag**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Wie ist in diesem Zusammenhang die Äußerung der Bundesministerin der Justiz, Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, zu verstehen, wonach die „grundlegende Weichenstellung“ der Reform von den Karlsruher Richtern „nicht infrage gestellt“ worden sei und die das Urteil offenbar sogar als eine teilweise Bestätigung der Regierungspolitik sieht (vgl. ddp-Meldung vom 4. Mai 2011, 13.09 Uhr)?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen**

58. Abgeordneter  
**Manuel Sarrazin**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Wann wird die Bundesregierung ihren Entwurf eines Gesetzes zur Übernahme von Gewährleistungen und zur Beteiligung des Deutschen Bundestages im Rahmen des Europäischen Stabilitätsmechanismus vorlegen, und wie wird sie sich hinsichtlich der Parlamentsbeteiligung bei der Übernahme von Gewährleistungen im Fall einer konkreten Finanzhilfe positionieren?
59. Abgeordneter  
**Manuel Sarrazin**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Wie positioniert sich die Bundesregierung gegenüber dem Vorschlag, im Zuge der Änderung des Gesetzes zur Übernahme von Gewährleistungen im Rahmen eines europäischen Stabilisierungsmechanismus (StabMechG) in Bezug auf die Höhe der zu übernehmenden Gewährleistungen in der Europäischen Finanzstabilisierungsfazilität (EFSF) auch die Beteiligungsrechte des Parlaments zu erweitern?
60. Abgeordnete  
**Lisa Paus**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus dem vom Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit in Auftrag gegebenem Gutachten zur Besteuerung von Dienstwagen?

61. Abgeordnete  
**Lisa Paus**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Durch welche konkrete Ausgestaltung der Absenkung der Besteuerung der privaten Nutzung eines betrieblichen Elektrokraftfahrzeugs durch einen Arbeitnehmer will die Bundesregierung eine Vergleichbarkeit von Elektroautos mit herkömmlichen Fahrzeugen herstellen, so dass die Anschaffung eines Elektroautos nicht weniger attraktiv ist als die eines herkömmlichen Fahrzeugs, und inwieweit sieht die Bundesregierung in der Entlastung der Versteuerung des geldwerten Vorteils von Elektroautos einen Verstoß gegen den Gleichbehandlungsgrundsatz im Verhältnis zu anderen schadstoffarmen, insbesondere CO<sub>2</sub>-reduzierten, Fahrzeugtechnologien, die nicht in gleicher Weise steuerlich gefördert werden?

### **Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie**

62. Abgeordnete  
**Katja Keul**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Wann hat die Bundesregierung die Genehmigung für die Lieferung von zwei U-Booten der Klasse 214 nach den Richtlinien des Kriegswaffenkontrollgesetzes an Griechenland erteilt, und wann wurde diese Genehmigung beantragt (bitte genaues Datum angeben)?
63. Abgeordnete  
**Katja Keul**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Welches politische Zeichen plant die Bundesregierung mit der Unternehmerreise zum Thema „Sicherheitstechnik“ des Bundesministers für Wirtschaft und Technologie, Rainer Brüderle, vom 15. bis 18. Mai 2011 nach Algerien zu setzen, wo die algerische Regierung im Februar 2011 ihre Sicherheit vor allem durch Demonstranten gefährdet sah, die nach dem Vorbild von Tunesien und Ägypten mehr politische Freiheiten forderten, und wie will die Bundesregierung sicherstellen, dass bei erfolgreichen Vertragsabschlüssen die von deutschen Unternehmen gelieferte Sicherheitstechnik nicht zur internen Repression durch die algerische Regierung oder andere staatliche Stellen missbraucht wird?
64. Abgeordnete  
**Ingrid Nestle**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Bis wann will die Bundesregierung die Einrichtung der Schlichtungsstelle Energie gemäß den Vorgaben des so genannten Dritten Binnenmarktpakets Energie abschließen?

65. Abgeordnete  
**Ingrid Nestle**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN) Bis wann will die Bundesregierung die Einrichtung der Markttransparenzstelle für den Großhandel mit Strom und Gas abschließen?
66. Abgeordnete  
**Bärbel Höhn**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN) Unterstützt die Bundesregierung das Vorhaben des EU-Energiekommissars Günther Oettinger, die Mitgliedstaaten rechtsverbindlich zu einer Energieeinsparung von 20 Prozent bis 2020 zu verpflichten (vgl. FAZ vom 6. Mai 2011: „Rückschlag für Oettingers Energiesparpläne“)?

#### **Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales**

67. Abgeordnete  
**Sabine Zimmermann**  
(DIE LINKE.) Gibt es in den Kommunen in irgendeiner Art Kontrollen, mit denen vor Ort überprüft wird, dass die im Einzelnen ausgeübten Bürgerarbeiten tatsächlich zusätzliche Tätigkeiten sind, also nicht als reguläre Arbeitstätigkeiten wahrgenommen werden, und liegen der Bundesregierung Daten vor, wie viele der Bürgerarbeiter zusätzlich zu ihrem Verdienst Arbeitslosengeld II beziehen müssen (bitte absolute und relative Zahlen sowie die Höhe der Leistungen je Betroffenen und insgesamt nennen)?
68. Abgeordnete  
**Sabine Zimmermann**  
(DIE LINKE.) Welche Arbeitsmarktinstrumente, die Lohnkostenzuschüsse bzw. eine finanzielle Förderung des Arbeitgebers durch Eingliederungszuschüsse vorsehen, sind nach geltender Rechtslage an die Mindestbedingung der Zahlung eines tariflichen Arbeitsentgelts oder ersatzweise eines für vergleichbare Tätigkeiten ortsüblichen Arbeitsentgelts geknüpft, und bei welchen Instrumenten soll dies nach dem vorliegenden Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Leistungssteigerung der arbeitsmarktpolitischen Instrumente nicht mehr der Fall sein?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung,  
Landwirtschaft und Verbraucherschutz**

69. Abgeordnete  
**Dr. Kirsten  
Tackmann**  
(DIE LINKE.)
- Wie begründet die Bundesregierung die Zulassungseinschränkung des Pflanzenschutzmittels Afalon mit dem Wirkstoff Linuron für bestimmte Kulturen im Jahr 2011 angesichts dessen Zulassung in 25 EU-Mitgliedstaaten und der breiteren Zulassung im Jahr 2010, und wie viel Hektar Anbaufläche im Garten- und Gemüsebau sind davon nach Information der Bundesregierung betroffen?
70. Abgeordnete  
**Dr. Kirsten  
Tackmann**  
(DIE LINKE.)
- Welche verfügbaren alternativen Bekämpfungsmittel empfiehlt die Bundesregierung den von der Zulassungseinschränkung für Afalon betroffenen Betrieben, und welche wirtschaftlichen Auswirkungen hätte ihre Anwendung?

